

zeitung gegen den krieg

Nr. 48 Frühjahr 2021

Die Kriegsgefahr wächst. Die Mehrheit gegen Rüstung & Krieg steht. Wir sind gefordert!



Winfried Wolf

Donald Trump ist nicht mehr Mieter im Weißen Haus. Gut so. Und nein: Das Argument, dieser Ex-US-Präsident habe ja – anders als die meisten seiner Vorgänger – keinen Krieg begonnen, überzeugt nicht. Unter Trump wurde der US-Rüstungsetat massiv gesteigert. Es gab wesentlich mehr tödliche Drohneneinsätze. Das Programm zur Modernisierung der Atomwaffen wurde fortgesetzt. Die Einkreisungspolitik gegenüber Russland konkretisiert. Die Konfrontation mit China enorm verschärft. Im Inland der Faschismus hoffähig gemacht und schon mal zum „Kurzbesuch“ ins Weiße Haus eingeladen. Kurz: Trump passte vorzüglich in die längerfristige Strategie der herrschenden Kreise in den USA – und zur inneren Dynamik des US-Kapitals (siehe Seite 2).

Joe Biden als neuer US-Präsident stellt keinerlei Bruch dar; er setzt dort an, wo Trump aufhörte. Er will am Konfrontationskurs gegen China festhalten. Er befürwortet das Atomwaffenprogramm, mit dem ein atomarer Erstschatz möglich werden soll. Er fordert ein Aus von Nordstream II, um Deutschland fest ins Lager der Aufrüster und Kriegstreiber einzubinden. Die extremen US-Sanktionen gegen den Iran werden aufrechterhalten. Und – das ist ein unglaublicher Affront: Joe Biden nennt Putin einen „Killer“. Wie, bitte schön, soll man sich unter solchen Bedingungen auch nur ein vernunft-geleitetes Telefonat zwi-

schen den beiden vorstellen, wenn es einen atomaren Fehlalarm gibt?

Und wie sieht es hierzulande aus? Das 2-Prozent-Rüstungsziel* ist inzwischen weitgehend „durch“. Ausgerechnet in den Corona-Jahren 2020 und 2021 werden die deutschen Militärausgaben um einen Betrag erhöht, mit dem man die gesamte Gastronomie und Hotellerie mit 2,2 Millionen Beschäftigten ein Vierteljahr lang hätte durchfinanzieren können – als eine soziale und epidemiologisch sinnvolle Maßnahme im Rahmen einer Zero-Covid-Politik. Und dann gab es in der Corona-Krise den bislang größten Einsatz der Bundeswehr im Inneren. In den Gesundheitsämtern fehlen 15.000 Profis zur Verfolgung der Infektionsketten; da wird fast nullkomma-null aufgestockt. Doch 15.000 Bundeswehrmänner und Frauen ohne Ausbildung werden als Corona-Hilfen eingesetzt. Ein Call-Center, von Indien aus operierend, wäre da oft hilfreicher gewesen. Warum gibt es diese krasse Diskrepanz? Hier – in den Gesundheitsämtern – fehlt staatliches Geld für zivile Jobs. Dort, bei der Bundeswehr, sitzt das staatliche Geld in Größenordnungen locker.

Die Antwort lautet: Das sind *Vorbereitungen auf den Krieg* – auf den Einsatz der Armee im Inneren. Auf die Gewöhnung der Bevölkerung an das Militärische. Oft sind es höchst konkrete Ereignisse, die deutlich machen, wohin die Reise gehen soll. Zwei Beispiele:

Beispiel 1: In der Zeitschrift der dama-

Sharan Burrow	(Weltgewerkschaftsverband)	Seite 8
Ludo de Brabander	zu Nato2030	Seite 3
Uwe Wötzel	zu Bundeswehr & Rüstung	Seite 4
Reiner Braun / Michael Müller	zu Frieden und Wahlen	Seite 5
Marion Küpkers	zu Atomwaffenverbotsvertrag	Seite 6
Sevim Dagdelen	zu Rüstungsexporten & SIPRI	Seite 7

ligen Deutschen Bundespost *postmagazin* hieß es 1990, „Philatelisten“ müssten sich die Bezeichnung „Schneller Start“ für ein Bundeswehrmanöver merken. Im Rahmen dieses Manövers wurde zum ersten Mal wieder die Feldpost eingeführt: Postdienste für Soldaten im Auslandseinsatz sollten erprobt werden. Die Bundespost gab eine Sondermarke heraus. Damals gab es noch keinen einzigen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Was es jedoch gab, waren weit voraus denkende Kreise in Politik und Militär. Inzwischen befördert die Feldpost 1,3 Millionen Sendungen pro Jahr von der Heimat an die Front im Kosovo, in Afghanistan oder Mali. O-Ton Bundeswehr: „Es gibt kaum etwas Motivierenderes als ein Zeichen aus der Heimat: ein handgeschriebener Brief, eine Postkarte, ein Päckchen oder ein Paket.“ Motivation – wofür?

Beispiel 2: Inmitten der Corona-Krise, als das kaputtgesparte Kliniksystem in aller Munde war, berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (15.10.2020) auf einer kompletten Seite über ein supermodernes Krankenhaus in Koblenz. Dort käme es „nicht so sehr darauf an, dass eine Abteilung rentabel“ ist. Regelmäßig würden „verunglückte Motorradfahrer aus der Eifel per Hubschrauber eingeflogen“. Da wird ein Arzt wie folgt zitiert: „Die Verletzungen können für uns gar nicht schwer genug sein.[...] Das ist nichts für Weicheier.“ Es geht hier um das Zentralkrankenhaus der Bundeswehr. Ohne Umschweife heißt es in dem Artikel: „Operiert werden bevorzugt Schwerverletzte. So trainieren sie für den späteren Einsatz“. Wobei dies – wohlgemerkt: im selben Artikel!! – wie folgt konkretisiert wird: „Das Machtstreben Russlands, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim [...] haben dazu geführt, dass sich der Sanitätsdienst auf klassische Konfliktszenarien einstellt. Auf Krieg in Europa.“

In unserem Land gibt es 75-Prozent-Mehrheiten für ein Ende aller Auslandseinsätze, für massive Abrüstung, für Frieden mit Russland und für einen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Doch im Bundestag stimmen mehr als 75 Prozent für das Gegenteil. Und damit für Krieg. Konfrontieren wir diese Das-Volk-Nichtvertreter*innen mit dem Willen der Bevölkerung! Verstehen wir die Zeichen an der Wand! Erinnern wir – rechtzeitig! – an die Worte von Bertolt Brecht, gerichtet an den Völkerkongress für den Frieden im Jahr 1952: „Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie *in aller Öffentlichkeit vorbereiten*, nicht die Hände zerschlagen werden.“

* Das offizielle Nato-Ziel, das die Bundesregierung anerkennt, lautet, dass die Rüstungsausgaben mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprechen müssen. 2021 liegt diese Marge bei rund 1,3 Prozent. Ein gewisses BIP-Wachstum unterstellt, läuft dieses Ziel, das spätestens 2025 erreicht sein soll, auf eine Verdopplung der absoluten Rüstungsausgaben hinaus.

Ostermarsch-Demos verboten?

Am 23. März verkündeten die Bundesregierung und die Ländervertretungen neue Lockdown-Maßnahmen. Mit diesen soll es von Donnerstag vor Ostern bis einschließlich Ostermontag (1.-4.4.) ein „komplettes Versammlungsverbot“ geben. Dies soll, so die ARD-Tagesschau, „auch für Demonstrationen mit ganz wenigen Menschen und viel Abstand unter freiem Himmel“ gelten. Das klingt wie maßgeschneidert für die Ostermärsche.

Wohlgemerkt: Covid-19 ist real. Solange nicht genügend Menschen geimpft sind, kann die Pandemie nur bekämpft werden, wenn die zwischenmenschlichen Kontakte reduziert werden. Der Umstand, dass mehr als ein Viertel der Menschheit (in weiten Teilen Asiens, in Australien, Neuseeland oder auf Kuba) seit vielen Monaten weitgehend mit Zero-Covid lebt und ein fast normales Leben führt, zeigt: die Pandemie kann auch ohne Impfen nahe Null gebracht werden. Die Top-Politiker in Washington, Brüssel, Paris und Berlin mit ihren Jojo-Lockdowns haben komplett versagt. Das kostete unnötigerweise Hunderttausenden Menschen das Leben. Doch was wir jetzt mit den „Oster-Dekreten“ erleben, hat wenig mit Pandemiebekämpfung zu tun. Mallorca-Flüge und Kreuzfahrtschiffsfahrten finden statt. Kein Problem: Reisefreiheit. In den Kirchen gibt es an Ostern Präsenzgottesdienste. Kein Problem: Religionsfreiheit. Die Fleischfabriken mit ihren hohen Infektionsraten arbeiten durch. Kein Problem: systemrelevant. Corona-Tests in Betrieben: Gibt es nicht. Der Anteil von Home-Office in der Wirtschaft liegt aktuell bei der Hälfte des April-2020-Niveaus. Kein Problem: freie Wirtschaft.

Ostermarsch-Demos finden unter freiem Himmel und bei Einhalten der Abstandsregeln statt. Sollten sie hier oder dort verboten werden, wäre dies eine krasse Verletzung der Verhältnismäßigkeit. Und ein nicht akzeptabler Eingriff in das Recht auf Demonstrationsfreiheit. An Ostern wird auch für die Verteidigung der Demonstrationsfreiheit demonstriert. Und für Frieden. Und gegen eine Bundesregierung, die bei der Abrüstung der Pandemie versagt und die bei Aufrüstung und Rüstungsexporten als Superspreader agiert. *ZgK-Redaktion*

Statement

General Alfons Mais, Chef des deutschen Heeres, hat ausgesprochen, was die Militärführung plant: Das Heer müsse „kriegsbereit und siegesfähig“ sein, das deutsche Militär müsse „letztendlich gewinnen können“. Ziel der NATO ist der Regime-Change in Russland und China. Dazu wird auch atomar gerüstet. Ich beteilige mich am Ostermarsch, um dieser gefährlichen Politik entgegenzutreten.

Ulrich Sander, Dortmund, VVN-BdA.

Fragen und Antworten zu den Kriegsvorbereitungen im Jahr 2021ff

Rüstung. Die äußere Realität und die innere Dynamik

Die Kritik an den steigenden Militärausgaben und den wachsenden Rüstungsexporten sind ein festes Thema in dieser Zeitung. Das klingt nach business as usual. Ist es jedoch nicht. Dazu die folgenden Fragen und Antworten.

Frage 1: Handelt es sich bei der Kritik an der Rüstung nicht um ein Dauerthema? Ist diese Kritik nicht einigermaßen langweilig beziehungsweise übertreibt die Friedensbewegung mit dieser Kritik nicht?

Antwort: Dauerthema – ja. Doch „übertrieben“ ist diese Kritik keineswegs. Natürlich gibt es in der bestehenden, kapitalistischen Gesellschaft unterschiedliche Phasen mit unterschiedlich akzentuierter Rüstungspolitik. Mit mal „normal hohen“ und dann wieder steigenden Militärausgaben. Deutschland rüstete nach der Reichsgründung 1871 vier Jahrzehnte lang massiv auf. Alles sprach für einen Angriffskrieg. Er kam im August 1914. Nach dem Krieg und der deutschen Niederlage gab es ein Jahrzehnt mit relativ geringen Militärausgaben – aber einem massiven Einsatz der Armee im Innern, zur Massakrierung von Arbeiterinnen und Arbeitern und ihrer führenden Köpfe (u.a. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht). Es folgte



ab 1933 eine neue Aufrüstung, die 1939 logisch im neuen deutschen Angriffskrieg mündete. Nach 1945 gab es erneut ein Jahrzehnt mit eher geringen Rüstungsausgaben. Das Grundgesetz sah sogar erst mal keine Armee vor. Doch ab Mitte der 1950er Jahre begann der neue Aufrüstungszyklus, mit den Höhepunkten in den 1960er und 1980er Jahren, als die Welt mehrmals kurz vor einem Atomkrieg stand, in dem Deutschland – die DDR und die BRD – zur atomar verseuchten Wüste geworden wäre. Das war zugleich ein Höhepunkt der Friedensbewegung. Die Gefahr war sehr real. Die Anstrengungen der Friedensbewegung voll gerechtfertigt. Nach dem Kollaps von UdSSR, DDR usw. 1989-1991 gab es dann wenige Jahre (bis Mitte der 1990er Jahre) mit rückläufigen Rüstungsausgaben. Seit gut zwei Jahrzehnten steigen diese Ausgaben wieder – weltweit. Und vor allem im Westen.

Frage 2: Ist Rüstung nicht schlicht eine Art Geschäftszweig im normalen Kapitalismus? Irgendwie schmutzig. Aber auch normal wie eben auch die Schweinereien der Pharmaindustrie oder der Nikotinbranche zum System gehören?

Antwort: Jein. Sicher ist Rüstung im Kapitalismus Teil der allgemein zerstörerischen Tendenz, die diese Produktionsweise beherrscht. Und natürlich zählt in diesem Produktionszweig zunächst mal der Profit. Da kann man auch mal an Bündnispartner liefern, die sich dann tottrüsten. Griechenland und die Türkei als Beispiele. Beide NATO-Länder. Beide Großabnehmer von Rüstungsgütern aus Deutschland und Frankreich. Die Waffen beider Länder richten sich gegeneinander.

Angeheizt durch den Konflikt um Öl und Gas in der Ägäis. Deutschland hat beide Länder mit Leo-II-Panzern hochgerüstet. 2020 – mitten im Corona-Jahr – gab es fette neue Rüstungsaufträge. Der französische Rüstungskonzern Dassault liefert nun an Griechenland 18 Kampffjets vom Typ Rafale. Deutschland liefert Athen vier neue Kriegsschiffe. Parallel rüstet Deutschland auch die Türkei auf. Die beiden Länder zählen zu den ärmsten in Europa. In der Corona-Krise fehlen in Griechenland und in der Türkei elementare Ausrüstungen in den Kliniken. Doch Deutschland und Frankreich liefern keinen Impfstoff, sondern Kriegsstoff.

Frage 3: Aber dann ist das halt typisches Business. Und vielfach wiegt sich das ja gegeneinander auf. Und es knallt eher nicht.

Antwort: Zunächst mal kann es natürlich leicht auch in der Ägäis „knallen“. Im letzten Jahr kamen sich türkische und griechische Kriegsschiffe verdammt nahe. Die inneren Krisen in beiden Ländern können leicht dazu führen, dass die Regierenden ihre Zuflucht in einem Krieg suchen. So war es 1974, als die damals in Athen herrschenden Faschisten einen Putsch auf Zypern inszenierten. Worauf die Türkei das Militär in Nordzypern landen ließ. Seither ist die Insel geteilt. Die Bevölkerung leidet. Doch die EU und die NATO intervenieren seit einem halben Jahrhundert nicht – und liefern, siehe oben, weiter Waffen an beide Seiten.

Doch das Beispiel Griechenland/Zypern illustriert nur die „rein geschäftliche“ Seite der Aufrüstung. Der überwiegende Teil der steigenden Rüstungsausgaben orientiert

eindeutig auf ein „höheres Ziel“. Es geht um die Vorbereitung eines großen Kriegs – in dem Russland (und China) Gegner ist. Siehe die „NATO2030“-Strategie (Seite 3). Siehe die Modernisierung der Atomwaffen (Seite 6). Siehe das neue Großmanöver Defender2021, das im April auf deutschem Boden beginnt. Mit diesem wird geübt, wie Zehntausende Soldaten aus den USA und Westeuropa an die Grenzen zu Russland verlegt werden.

Die Bundeswehr ist bei dieser Einkreisungspolitik Russlands ganz vorne dabei. Ein Ziel, das man dabei identifiziert, ist Kaliningrad, also ausgerechnet das ehemalige Ostpreußen. Da dieses Gebiet seit 1991 eine russische Exklave ist, komplett umschlossen von den Nato-Staaten Litauen und Polen, hofft man, dort eine Provokation starten zu können. Seit 2017 ist die Bundeswehr im Rahmen der „NATO-Battlegroup Litauen“ vor Ort präsent. Im Januar 2021 publizierte die US-Militärzeitung *Overt Defence* zu diesem Einsatz einen Artikel mit der Überschrift: „Kaliningrad Gambit – Eröffnung (in) Kaliningrad“. Die Bundeswehr ist in Litauen derzeit mit dem Panzerbataillon 104 aus der Oberpfalz vertreten. Zu diesem Einsatz kann man auf der Bundeswehr-Website das Folgende lesen: „Mit dieser Übung in Litauen bereiten wir uns final auf unseren Einsatz an der Ostflanke der NATO vor. Das nächste Mal werden unsere Soldatinnen und Soldaten ihre Kampfpanzer in Litauen starten“. Das Motto dieser Bundeswehreinheit (ebenfalls so auf der Website wiedergegeben) lautet: „Nur der Angriff bringt den Erfolg“.¹

Frage 4: Diese Rüstung kostet doch enorm viel. Und öffentliche Gelder sind knapp. Das wird doch irgendwann auch für Washington und Berlin zu teuer, oder?

Antwort: Staatliche Rüstungsausgaben und öffentliche Ausgaben in Bereichen wie Gesundheit, Bildung

oder Infrastruktur unterscheiden sich grundsätzlich. Die Staaten können hochverschuldet sein und Geld mag extrem knapp sein – doch für Hochrüstung gibt es kaum Grenzen. Siehe z.B. das hochverschuldete Griechenland, dessen Rüstungsausgaben beim Doppelten des NATO-Solls liegen (bei rund 4 % des BIP). Rüstungsausgaben erfüllen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise drei Kriterien. Erstens wird in dieser Branche auch in Zeiten, in denen es in den klassischen Bereichen niedrige Profitraten gibt, enorm viel Kapital mit hohem Profit und weitgehend ohne Risiko angelegt. Hier gibt es Parallelen zu anderen Bereichen wie den zerstörerischen Infrastruktur-Großprojekten (siehe Stuttgart 21). Zweitens ist der Bereich Rüstung eng mit Hightech und führenden Großkonzernen (in der BRD u.a. mit Siemens, Thyssen, Airbus, Rheinmetall, Continental, ZF) vernetzt, weswegen er (anders als die Bereiche Bildung oder öffentlicher Verkehr) über eine extrem effiziente Lobby verfügt. Drittens übersetzt sich militärische Macht immer mit Wirtschaftsmacht: Exporte, Expansion, Auslandskapital werden militärisch abgesichert. China rüstet auf, weil es wirtschaftlich aufsteigt. Die USA rüsten auf, weil sie wirtschaftlich absteigen. Deutschland rüstet mit auf, weil das Land seine Position als Exportmacht Nummer 2 verteidigen will – und weil die deutsche Elite nach zwei verlorenen Angriffskriegen glaubt, als Juniorpartner an der Seite der USA in einem dritten großen Krieg endlich auch zu den Siegern zählen zu können. Diese politische Funktion von Rüstung, konkretisiert im Militärisch-Industriellen Komplex, macht diese Branche so brandgefährlich.

Anmerkung:

¹ Siehe: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/aktuelles/trotz-pandemie-panzertruppe-uebt-fuer-litauen-253922>

+++ aktiv gegen krieg +++

Wir gehen wieder auf die Straße für die Welt ohne Krieg und Militärbasen

Die Vorbereitung der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein – Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden“ vom 5. - 11. Juli in Ramstein/Kaiserslautern für die diesjährige Aktionswoche sind angelaufen. Wir werden trotz Corona-Pandemie mit Aktionen vor Ort sein. Neben dem Friedenscamp mit der Friedenswerkstatt und Jurte für Musik Sessions wird es auch weitere Aktionen vor Ort geben. Die öffentliche Abendveranstaltung, die von der Kampagne gemeinsam mit der lokalen Pfälzer Initiative „Entrüestet Euch“ vorbereitet wird, findet am 9. Juli in der Apostelkirche in Kaiserslautern statt. Dort tagt auch die Konferenz „Nein zu Militärbasen und Krieg – Überall“ (am Donnerstagabend und Freitag tagsüber). Als hybride Veranstaltung konzipiert, wird sie mit vielen internationalen Referierenden und Gästen über Zoom auch gestreamt werden.

Bereits am 30. April findet ab 15:00 Uhr ein 24-Stunden-Fahrrad-Marathon um die Airbase statt. Wir demonstrieren auch gegen den Drohnenkrieg von der Air Base Ramstein und fordern die Schließung der Relais-Station und der Airbase.

Kristine Karch, Kampagne Stopp Air Base Ramstein
www.ramstein-kampagne.eu/

+++ engagiert für den frieden +++

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Willi Hoffmeister Dortmund · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf.
Redaktion: Reiner Braun & Winfried Wolf
Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar

ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge durch Friedens-Initiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Interview mit Ludo De Brabander zu „NATO2030“

Das Programm für einen neuen Kalten Krieg



2020 veröffentlichte eine von der NATO einberufene Experten-Gruppe den Report „Nato 2030 – United for a new Era – Vereint für eine neue Ära“. Der Nato-Generalsekretär Stoltenberg hatte sie dazu beauftragt, nachdem der französische Präsident Macron auf dem Nato-Gipfel vom Dezember 2019 das Bündnis als „hirntot“ bezeichnet hatte. Die Experten unterstreichen in ihrem Bericht, dass für die NATO „zwei systemische Gegner“ existieren, nämlich Russland und China. Darüber hinaus müsse das Bündnis sich aufgrund der permanenten Bedrohung durch den „internationalen Terrorismus“ wappnen.

Russland

Ein grösserer Teil der Studie ist der „Bedrohung“ gewidmet, die von diesen „systemischen Rivalen China und Russland“ ausgehen würde. Die dabei verwandte Sprache erinnert fatal an den Kalten Krieg. Obwohl Russland eine Atommacht ist, entspricht der russische Rüstungsetat gerade mal 7 Prozent desjenigen der NATO. Nichtsdestotrotz kultiviert die NATO ihre Übertreibungen hinsichtlich der „russischen Bedrohung“. In der NATO-Ideologie gibt es keinerlei Verständnis dafür, warum ein Gegner reagiert, wie er reagiert. Das wird besonders deutlich im Fall der Ukraine und Georgien, zwei ehemalige Sowjetrepubliken, die laut Report möglicherweise Nato-Mitglieder werden sollen und im Fall der Stationierung von NATO-Truppen in Polen und den baltischen Staaten. Der Report ist daher in erster Linie eine Hausarbeit, mit der die eigene Existenz begründet und ein extrem simples Feindbild gezeichnet werden soll.

China

Einigermaßen neu ist der prominente Platz, den China in der NATO-Sicherheitsdoktrin nun einnimmt. Das Land wird als „full spectrum systemic rival“ bezeichnet – als ein Gegner hinsichtlich des gesamten Sicherheitsspektrums. China mag eine aufsteigende Macht sein. Doch im Gegensatz zu den USA ist China kein militärischer Global player. Das Land hat gerade eine überseeische Militärbasis. Die USA haben hunderte solcher Basen. Und während die USA über 21 Flugzeugträger verfügen, hat China zwei. Die NATO kritisiert

China, weil das Land seine Atomwaffen modernisiere. Dabei setzen die USA derzeit das mit Abstand größte Atomwaffen-Modernisierungsprogramm weltweit um. Zweifellos investierte China in den letzten Jahren in größerem Umfang in die Modernisierung seiner Streitkräfte. Doch so gut wie alle NATO-Mitgliedsländer machen dasselbe. Chinas Rüstungsetat entspricht einem Drittel des US-Rüstungsetats oder weniger als einem Viertel des NATO-Rüstungsetats. Wenn der NATO-Report China in einer besonders aggressiven Form darstellt, dann erfolgt dies ausschließlich aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums der VR China. Im Grunde heißt das: Die NATO soll verhindern, dass China auf den Ebenen Weltwirtschaft und Handel zur führenden Wirtschaftsmacht aufsteigt. China soll das nicht erlaubt werden, was die NATO-Staaten jahrzehntelang praktizierten.

In dem Report wird deutlich: Die NATO befürchtet negative Rückwirkungen durch den Atomwaffenverbotsvertrag auf die eigene Atomstrategie. Aus gutem Grund. Wenn auch nur ein NATO-Mitgliedsstaat diesem seit kurzem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag beitreten würde, könnte es schnell vorbei sein mit der „nuklearen Solidarität“, die die NATO für alle Mitgliedsländer proklamiert. In dem Bericht argumentieren dessen Verfasser, dass alle NATO-Mitgliedsländer sich klar sein sollten, dass „der Atomwaffenverbotsvertrag niemals eine tatsächliche atomare Abrüstung herbeiführen“ könne und dass er irrelevant hinsichtlich des internationalen Rechts sei. (Siehe dazu Seite 6).

Der Report NATO2030 soll noch in diesem Jahr auf einem NATO-Gipfel in Brüssel als neue Sicherheitsdoktrin verabschiedet werden. Es handelt sich um eine Rezeptur für einen Kalten Krieg 2.0, für umfassendes Wettrüsten und für neue Kriege. Kurzum: Der Bericht belegt ein weiteres Mal, dass die NATO nichts anderes ist als ein Instrument des Militärisch-Industriellen Komplexes, der gesteigerte Aufrüstung produzieren soll und der den Weltfrieden in wachsendem Maß gefährdet.

Ludo De Brabander ist Sprecher von Vrede vzw (Belgien) and Mitglied des International Coordinating Committee von No-to-War No-to-Nato Network

Der Krieg ist der Fehler: NATO raus aus Afghanistan!

Heike Hänsel

Die NATO, und damit auch die Bundeswehr, verlängert nun doch ihre Präsenz in Afghanistan. Dabei ist allen klar: Die NATO hat den Krieg in Afghanistan verloren. Die Fortsetzung der Besetzung ist eine fatale Entscheidung. Leidtragende ist wie immer die Zivilbevölkerung. Dieser fast 20 Jahre andauernde Krieg, angeblich für Terrorismusbekämpfung, Menschenrechte und Demokratie, ist ein großes Verbrechen. Forderungen von SPD und Grüne, die den Kriegseinsatz in „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA 2001 beschlossen hatten, nach einer ehrlichen Bilanz des NATO-Einsatzes, sind zwar richtig. Aber überfällig wäre das Eingeständnis, dass der Krieg selbst der Fehler ist. Nach Schätzungen hat der Krieg mehr als 185.000 Menschenleben gekostet. Die Bundeswehr ist verantwortlich für eines der größten Massaker an Zivilisten, 2009 in Kundus mit mehr als 140 Toten. Der dafür verantwortliche Oberst Klein wurde auch noch befördert. Der Einsatz der Bundeswehr hat bereits mehr als 10 Milliarden Euro verschlungen. Die Kosten für die USA werden auf 2,4 Billionen US-Dollar geschätzt. Man stelle sich vor, das Geld wäre in Aufbau-, Friedens- und Bildungsprogramme investiert worden, dann wäre den Menschen in Afghanistan viel mehr geholfen gewesen. Die NATO muss endlich raus aus Afghanistan!

Die Mahnung des 22. Juni 1941

Ulrich Sander

Vor sechs Jahren haben Politiker und Ideologen vom US-amerikanischen Thinktank „Carnegie Endowment“ vorgeschlagen, die russische Gesellschaft dazu zu bringen, dem „ukrainischen Maidan-Beispiel zu folgen.“ (Süddeutsche 25. Februar 2014) Inzwischen wird dem mit militärischen Mitteln nachgeholfen. Die NATO und damit Deutschland stehen an den russischen Grenzen mit Armeen bereit, um zu provozieren und zur endlosen Aufrüstung zu zwingen.

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, hat der Unteroffizier und Kommunist Wilhelm Schulz den Grenzfluss schwimmend durchquert, um schwer verletzt den bevorstehenden Überfall der Naziwehrmacht anzukündigen. Die Warnung kam zu spät. Mindestens 27 Millionen sowjetische Menschen – mehr als die Hälfte von ihnen Zivilisten – und knapp 3 Millionen deutsche Soldaten kamen ums Leben.

Wir warnen: Diese Tragödie und diese Verbrechen dürfen sich nicht wiederholen! Stoppt die gefährlichen NATO-Provokationen, die von der Bundesregierung unterstützt werden! Das muss unser gemeinsames Anliegen an diesem 22. Juni 2021 sein. Alle, die einst mit den Jusos und den Grünen und vor allem mit den Gewerkschaften gemeinsam für den Frieden handelten, sollten sich an diesem 22. Juni die Lehren aus der Geschichte ziehen und wieder zusammenstehen für Frieden. Wir wissen es seit vielen Jahrzehnten: Es gibt keinen Frieden ohne und gegen Russland. Handeln wir entsprechend.

Ostern wieder auf die Straße

Willi van Ooyen

Trotz der Erfahrungen beim letztjährigen Ostermarsch – als die Aktionen verhindert und zum Teil verboten wurden – wollen in den Tagen um Ostern viele Friedensinitiativen den Versuch unternehmen, wie in den „Vor-Corona-Zeiten“, die Ostermarsch-Aktionen wieder öffentlich wahrnehmbar zu gestalten. Dazu wurden in den letzten Wochen vielfältige Ideen entwickelt, wie wir wieder den Frieden auf die Straße und in die Köpfe der Menschen bringen können.

In den Aufrufen wird festgestellt, dass die Corona-Pandemie als Brandbeschleuniger in aktuellen Konflikten wirkt: „Ich zuerst!“ statt „Wir gemeinsam!“ Das Gespenst des Nationalismus zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die multilaterale internationale Kooperation. Dazu kommt ein menschenverachtender Umgang mit Flüchtenden. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben, statt in Gesundheit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau zu investieren.

„Abrüsten statt aufrüsten“ ist das Gebot der Stunde. Unsere Zivilisation ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um gut miteinander zu leben. Auf die Tagesordnung gehört eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit. So muss unbedingt der vor geraumer Zeit abgebrochene Dialog mit Russland wieder aufgenommen werden. Die Einsicht wächst, dass sich ohne Druck auf die Regierenden nichts bewegt. Deshalb wollen wir beim Ostermarsch mit allen demokratischen, sozial-ökologischen und antirassistischen Bewegungen gemeinsam demonstrieren.

Heike Hänsel, MdB, stellvertretende Vorsitzende Fraktion Die Linke

Ulrich Sander ist Mitglied im Bundesausschuss der VVN-BdA Willi van Ooyen war MdB im Hessischen Landtag und ist aktiv in verschiedenen Friedensinitiativen und -verbänden.

+++ aktiv gegen krieg +++

Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“

Der Arbeitsausschuss der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ lädt ein zu einer Präsenz- und Online-Aktionsberatung „abrüsten jetzt“. Datum: Sonntag, 18. April 2021. Ort: Frankfurter Gewerkschaftshaus. Beginn: 11h. Gemeinsam wollen wir die nächsten Aktionen planen: Referate und Beiträge unter anderem von Willi van Ooyen, Andrea Kocsis (Verdi) („Die Chance der Krise – Abrüstung als Teil der sozialökologischen Transformation“), Michael Müller (Naturfreunde), Myriam Rapior (BUND-Jugend), Christoph von Lieven (Greenpeace), Renke Brahms (Friedensbeauftragter der EKD) und Reiner Braun.

+++ engagiert für den frieden +++

Auch in der Corona-Krise: Massive Bundeswehr-Aufrüstung

Rüstungswahn stoppen – Abrüsten!

Uwe Wötzel

„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede.“ Das schrieb im Jahr 1931 Carl von Ossietzky, der spätere Friedensnobelpreisträger. Auch heute blüht das Geschäft mit Kriegswaffen, Bundeswehr und NATO sind maßgebliche Kunden und Treiber. Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Als gäbe es keine anderen sozialen, ökologischen, bildungs- und gesundheitspolitischen Prioritäten.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat 2017 die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland von 1925 bis 1944 und in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2015 im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung untersucht. Danach flossen in der deutschen Geschichte und in heutigen Preisen weit über 6.660 Milliarden Euro in die Aufrüstung. Welche herausragenden öffentlichen Bildungs- und Gesundheitsdienste hätten wir, welche Bildungsgerechtigkeit, welche Pandemieprävention hätten wir, wären die politischen Weichen zu Gunsten des Friedens gestellt worden?

Der Schwur „Nie wieder Krieg“, bekanntes Plakatmotiv von Käthe Kollwitz für die Sozialistische Arbeiterjugend 1924, ermutigt auch heute Menschen zum Engagement für Abrüstung. Und genau das ist dringender als je zuvor. Denn die Rüstungsausgaben steigen. Und das in den Zeiten der Corona-Pandemie. Sogar im 130-Milliarden Euro Corona-Konjunkturpaket hat die Bundesregierung der Rüstungsindustrie versprochen, sie mit Aufträgen zu bedenken. Danach sollen Rüstungsprojekte „mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil“ – gemeint ist: mit hohem Zerstörungspotential – sofort umgesetzt werden.

Die Bundesregierung hat der



Nato erneut Verteidigungsausgaben in Rekordhöhe gemeldet. 2021 sollen dafür 53,03 Milliarden Euro ausgegeben werden. Das entspricht einer Steigerung um 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Steuergelder sollen unter anderem für Transportflugzeuge und Eurofighter-Kampffjets an die Luftfahrtindustrie fließen. Mit 442 Millionen Euro soll die Rüstungsindustrie zudem für Schützenpanzer vom Typ „Puma“ bedacht werden. „Neue Kriegsschiffe für die Bundeswehr werden noch teurer“, schrieb das „Handelsblatt“ zur Beschaffung von vier hochmodernen Kriegsschiffen vom Typ MKS 180 für 5,473 Milliarden Euro. Diese Kriegsschiffe sollen für Militäroperationen in allen Klimazonen einsetzbar sein. Sie können bis zu zwei Jahre unterwegs sein. Angedacht ist auch eine neue Generation des Kampfpanzers Leopard, der ein „Verkaufsschlager“ in 18 Ländern wurde. Doch das teuerste Vorhaben betrifft das Kampfflugzeug mit Bezeich-

nung „Future Combat Air System“ (FCAS). (Siehe den Artikel von K.-H. Peil auf dieser Seite). Es soll das teuerste Kriegswaffenprogramm aller Zeiten werden. Auch die Milliarden schwere Modernisierung von Atombomben-Trägersystemen und die Beschaffung von 120.000 neuen Sturmgewehren für die Bundeswehr sind offenkundig nicht Ausdruck einer defensiven Politik. Wer denkt angesichts der gigantischen Aufrüstungsprogramme nicht auch an das berühmte Zitat, 1860 geschrieben von dem englischen Gewerkschafter Thomas Joseph Dunning: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis:

Schmuggel und Sklavenhandel.“ (MEW 23, S. 788)

Die Folgen der Einsätze hochgerüsteter NATO-Einheiten sehen wir in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali. Diese Regionen sind Testfelder neuer Waffensysteme. Die dort von westlichen Staaten und Bündnissen geführten Kriege haben zu langanhaltender Instabilität geführt. Schon deshalb gehören die fragwürdigen Einsätze auf den Prüfstand. Und zwar jetzt, bevor Rüstungslobbyisten ihre Gier auf den „Europäischen Verteidigungsfond“ und ihren Einfluss in der EU-Generaldirektion „Verteidigungsindustrie“ verstärken. Es wäre für die Menschen in der EU verheerend, wenn die „Hard Power“-Strategen Billionen Euro an öffentlichen Mittel vergeuden, „um Europa auf dem geostrategischen Schachbrett der Welt zu behaupten“, wie es EU-Rüstungskommissar Breton jüngst formulierte.

Der US-Präsident Dwight D. Eisenhower prägte 1961 in seiner Abschiedsrede den Begriff des „Militärisch-Industriellen-Komplex“. Er

definierte ihn als „das Zusammenspiel eines gewaltigen militärischen Establishments und einer Rüstungs-Großindustrie“ und warnte: „Wir müssen uns davor hüten, dass der Militärisch-Industrielle-Komplex unbefugt Einfluss ausübt. [...] Das Potenzial für den katastrophalen Anstieg unangebrachter Macht besteht.“

Kleine Erfolge geben Anlass zur Hoffnung. Das vorläufige „Nein“ zur Bewaffnung der „Heron TP“-Drohnen ist eine Ermutigung, bewaffnete Drohnen zu ächten. So hat Kritik aus der Zivilgesellschaft, aus Wissenschaft und Politik dafür gesorgt, dass der Bundestag bisher keine Entscheidung zur Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen getroffen hat. Doch um weitere, gefährlichere Vorhaben zu stoppen, ist stärkere Kritik notwendig. Jetzt muss die Entwicklung der bewaffnungsfähigen „Eurodrohne“ und das „Future Combat Air Systems“ (FCAS) gestoppt werden. Für politische Wirksamkeit der stark verbreiteten Ablehnung von Aufrüstung und Interventionsorientierung brauchen wir mehr Power. Die Gewerkschaft ver.di, für die der Autor dieses Beitrages arbeitet, hat zum The-



ma Abrüstung einen hilfreichen klaren politischen Kompass in ihrer Grundsatzklärung: „Eine Welt ohne Konflikte wird es niemals geben. Aber eine Welt ist möglich, in der Konflikte friedlich geregelt werden. Allgemeine Abrüstung und eine durch die Völkergemeinschaft legitimierte Weltpolitik sorgen für Frieden. Wir setzen uns für eine Welt ohne Atomwaffen ein.“

EU-Planungssicherheit der besonderen Art

Der Kampfjet von Airbus

Karl-Heinz Peil

Ende Februar 2020 sorgte der Technikunternehmer und Chef des Space-X-Weltraumprogramms Elon Musk für Schlagzeilen, als er ausgerechnet bei einem Symposium der US-Luftwaffe das Ende der Kampfjetära ankündigte, wobei er auf die Entwicklung autonomer Kampfdrohnen verwies. Die deutsche Bundesregierung sieht zwar mit der Entwicklung der Eurodrohne ähnliche militärische Zukunftsszenarien, möchte aber gleichzeitig auf neue Kampfjets nicht verzichten.

Für die Zeit ab 2040 ist auf EU-Ebene die Einführung eines Kampfflugzeuges der sechsten Generation unter dem Namen FCAS (Future Combat Air System) vorgesehen, als deutsch-französisch-spanisches Projekt. Als integriertes System sollen Kampfjets mit Satellitensteuerung

und Drohnenschwärmen verbunden werden. Drohnen übernehmen dabei die Funktion unbemannter Aufklärer und/oder als Störer der gegnerischen Luftabwehr. Die Piloten im Kampfjet werden dabei zwar als wichtig angesehen, jedoch wird das komplexe System der „Combat Cloud“ bzw. Datenwolke ohne den Einsatz künstlicher Intelligenz nicht beherrschbar sein. Das heißt: Dieses System wäre ein Meilenstein zur Entwicklung von Killerrobotern. Die Gesamtkosten des Projektes über mehrere Jahrzehnte werden von Experten grob auf rund 300 Milliarden Euro geschätzt. Diese Langzeitplanung dokumentiert die irrsinnigen Großmachtambitionen der deutschen Politik mit der damit einhergehenden Militarisierung. Die EU bzw. der spezielle Verbund mit Frankreich dient hierbei nur als Feigenblatt, denn parallel dazu

definiert man im Wirtschaftsministerium die hierbei notwendigen technischen Entwicklungsgebiete überwiegend als „nationale Schlüsseltechnologien.“

Die zu erwartenden Kosten sind schwindelerregend und können nur als neuer „Turmbau zu Babel“ bezeichnet werden. Während es für immer größere Teile der Gesellschaft in den Bereichen Soziales, Bildung und Wohnen keine Planungssicherheit gibt, besteht Planungssicherheit für die Rüstungskonzerne. Und sehr gut geplant ist auch der (Wieder-) Aufbau von Feindbildern, gerichtet gegen Russland und China.

Dieses Aufrüstungsszenario wird ausgerechnet für einen Zeitraum geplant, der – Stichwort: Klimaerwärmung – für das Überleben der Menschheit entscheidend sein wird.

Karl-Heinz Peil ist engagiert bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

+++ aktiv gegen krieg +++

„Bremen in Aktion“

Mehr Menschen als geplant versammelten sich am 22. Januar auf dem Bremer Marktplatz und feierten das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages. Als Zeichen ihrer Freude schwenkten sie 55 rote Fahnen bei der Musik des Walzers Nr. 2 von Dimitri Schostakowitsch. Auftakt in ein aktionsreiches Jahr, das trotz Corona Friedensgruppen neben diversen digitalen Treffs zunehmend auf die Straße zurückführt. Sei es, um das Ende der Sanktionen gegen das syrische Volk zu fordern oder während der Ostermarsch-Aktionen für Abrüstung zu werben. Bremen ist ein bedeutender Rüstungsstandort, zugleich traditionell ein Ort mit zahlreichen Friedensaktionen. Seit 40 Jahren (!) treffen sich vor allem Frauen zu einer wöchentlichen (!) Mahnwache jeden Donnerstag in der Innenstadt und bilden mit ihrer unglaublichen Konstanz ein wichtiges organisatorisches Rückgrat der Friedensbewegung. Von Beginn an ist Ingeborg Kramer dabei, Ansprechpartnerin Barbara Heller seit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. In Bremen-Nord rufen die „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“ seit 2001 jeden Freitag zu einer wöchentlichen Friedenskundgebung auf. Neben den Veranstaltungen zum Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie zum Anti-Kriegstag wird am 22. Juni auch eine Kundgebung zum 80. Jahrestag des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion vorbereitet. Jeden Tag ist das Bremer Friedensforum bei Facebook aktiv, darüber hinaus auf Twitter und Instagram.

Ekkehard Lentz, Sprecher Bremer Friedensforum

+++ engagiert für den friedem +++

Friedenspolitik und Bundestagswahl

Frieden braucht Bewegung – Planungen der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“

Reiner Braun und Michael Müller

Noch nie ist es in der Bundesrepublik Deutschland gelungen, die Friedensfrage zu einer wahlentscheidenden Fragestellung für die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler zu entwickeln. Selbst im Bundestagswahlkampf 1983 wurden die Stationierungsbefürworter neuer Atomwaffen aus CDU/CSU und FDP trotz einer großen Ablehnung dieser Stationierung in der Bevölkerung erneut in die Regierung gewählt.

Das hindert uns natürlich nicht, zu betonen: Das außerparlamentarische Eingreifen in die Bundestagswahlen ist notwendig – und eine ernsthafte Herausforderung für die Friedensbewegung:

Wahlzeiten sind politisierte Zeiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der auch die Forderungen der Friedensbewegung mehr Aufmerksamkeit erfahren können. Das gesellschaftliche Klima kann positiv beeinflusst werden. Wer geht schon gerne als Kriegstreiber in den Wahlkampf. Frieden ist populär – gerade auch in Deutschland.

Durch Gespräche und Aktionen kann Einfluss auf die Positionierung der Parteien genommen werden, können Wahlprogramme und das gesellschaftliche Klima zugunsten von Kandidatinnen und Kandidaten des Friedens beeinflusst werden. „Friedenskandidat:innen“ können aktiv unterstützt und ihre Position auch in den Parteien gestärkt werden.

Abrüstung und Frieden beeinflusst durchaus die Wahlentscheidungen vieler Menschen in unserem Land. Diese Grundeinstellung zu verstärken, kann gerade in der



Atmosphäre eines Wahlkampfes gelingen und hat auch langfristige Auswirkungen – vielleicht sogar auf die zukünftige Regierungspolitik.

Friedensengagement im Wahlkampf stößt auf größeres Interesse, Aktionen werden von den zur Wahl Antretenden und den Wählerinnen und Wählern aufmerksamer als zu „normalen“ Zeiten registriert.

Wahlaktivitäten machen auch Zusammenhänge deutlich: Die Gewerkschaften warnen vor der Abwälzung der Krise und der Folgen der Pandemie auf die „Schwachen“, auf die Mehrheit der Bevölkerung. Die Friedensbewegung warnt vor

weiterer wahnwitziger Aufrüstung. Und nicht zu vergessen: Die Medienaufmerksamkeit ist in Wahlkampfzeiten für politische Themen und politische Kontroversen größer als zu vielen anderen Zeiten.

Es lohnt also, sich vielfältige Gedanken über ein Eingreifen in die Wahlen zu machen – ohne Illusionen, dass alle einem zuhören und dass alle Versprechen auch Realität werden. Auch nach den Wahlen werden wir natürlich am Ball – an der Politik – dranbleiben.

Ohne Illusionen heißt auch, immer zu verdeutlichen, Wahlen allein verändern wenig. Ohne Bewe-

gungen von unten gibt es auch mit neuen Mehrheiten keine grundsätzlichen politischen Veränderungen und keine Wende zu Friedenspolitik.

Wie heißt doch der uralte Spontispruch: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie längst verboten“.

Eingreifen heißt deshalb vor allem: Aktionen für den Frieden, gegen Krieg und für Abrüstung – große und kleine Aktionen, die Aufmerksamkeit, Interesse und auch

Medienbeachtung finden – vor den Wahlen, nach den Wahlen, aber besonders auch in Zeiten des Wahlkampfes.

Gesellschaftliches Eingreifen in den Bundestagswahlkampf 2021 hat sich auch die „Initiative abrüsten statt aufrüsten“ zum Ziel gesetzt (siehe Kasten).

Reiner Braun/Michael Müller, beide sind im Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“ aktiv.

+++ aktiv gegen krieg +++

Online-Veranstaltung via Zoom, 9.4. um 18 Uhr

Atomwaffen raus aus Deutschland – Blockadeaktionen in Büchel und das Gerichtsverfahren wegen „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte“ // Wenn das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht, wird Widerstand zur Pflicht. AktivistInnen von Stopp Air Base Ramstein blockierten am 28. Juni 2019 drei Tore des Atomwaffen-Stützpunktes Büchel in Rheinland Pfalz.

Auf dem Fliegerhorst der deutschen Luftwaffe lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-amerikanische Atomwaffen, die im Falle eines Krieges von deutschen Soldaten in die Zielgebiete geflogen werden sollen. Marion Küpker informiert die verschiedenen Aktionsgruppen für die bundesweite Kampagne *Büchel ist überall!* und dokumentiert deren Aktionen. An unserem Aktionstag wurde ihr erstmalig Polizeigewalt angetan und anschließend ein Prozess wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ angestrengt. Der Gerichtsprozess findet am 3. Mai 2021 um 10:25 Uhr im Amtsgericht Cochem/Mosel (Raum 100) in der Ravenestr. 39 statt. Bitte kommt zur Prozessbeobachtung und nehmt an der Mahnwache vor dem Gericht teil, die eine Stunde vor dem Prozess beginnt.

Mit Marion Küpker und ihrer Rechtsanwältin Anna Busl spricht Pascal Luig (Stopp Air Base Ramstein) auf einer Online-Veranstaltung via Zoom am 9. April um 18 Uhr. Wir bitten um Anmeldung: info@ramstein-kampagne.eu, Stichwort: atomwaffenfrei. Nach der Anmeldung erhaltet ihr eine Bestätigung und einen Zugangslink für die Teilnahme.

Spenden zur Unterstützung für die Verfahrenskosten an: Inhaber: Aktiv für den Frieden – Stopp Ramstein e.V. IBAN: DE38 1005 0000 0190 6460 80 · BIC: BELADEBEXX Stichwort: Spende Prozess Büchel

+++ engagiert für den frieden +++

FRIEDEN BRAUCHT ABRÜSTUNG UND GEMEINSAME SICHERHEIT

Die Initiative Abrüsten statt Aufrüsten setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zu einem Schwerpunkt im Bundestagswahlkampf wird. Wir mischen uns ein, weil wir den Frieden bedroht sehen. Doch ein Konzept der Abrüstung, Entspannung und gemeinsamen Sicherheit erfordert einen Politikwechsel.

In unserer Initiative arbeiten Gewerkschaften, Sozialverbände, Kultur und Wissenschaft, Kirchen, Jugendverbände, Umwelt- und Klimabewegung und Entwicklungsorganisationen zusammen. Unser Land braucht eine starke Friedensbewegung. Dazu raten sowohl geschichtliche Erfahrungen als auch neue, vor allem globale Bedrohungen wie der vom Menschen gemachte Klimawandel.

Wir schlagen für das Wahljahr unterschiedliche Aktionen, Veranstaltungen und Kundgebungen vor. Wir helfen bei der Organisation. Der Arbeitsausschuss liefert Positionspapiere, Zeitungen, Newsletter, Argumente und Vordrucke für Flugblätter und Plakate.

Im Arbeitsausschuss der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ arbeiten mit: Peter Brandt (Neue Entspannungspolitik Jetzt!) | Reiner Braun (International Peace Bureau) | Barbara Dieckmann (Präsidentin der Welthungerhilfe a.D.)

| Thomas Fischer (DGB) | Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskoperative) | Christoph von Lieven (Greenpeace) | Michael Müller (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.) | Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) | Miriam Rapior (BUNDjugend, Fridays for Future) | Ulrich Schneider (Geschäftsführer Der Paritätische Wohlfahrtsverband) | Ludwig Weigel (Deutscher Bundesjugendring) | Uwe Wötzel (ver.di) | Thomas Würdinger (IG Metall) | Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

Zusammenfassend heißt es in dem Aufruf der Initiative:

„In der Welt, in der die ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen zunehmen, darf Sicherheit nicht militärisch definiert werden. Wir brauchen mehr Kommunikation, Vertrauensbildung und Verständigung statt Diffamierung, Sprachlosigkeit und Konfrontation. Unsere Zeit braucht Abrüsten statt Aufrüstung, braucht eine neue Entspannungspolitik jetzt! [...] Der Einsatz für den Frieden durch Abrüsten, Entspannung und gemeinsame Sicherheit ist die *wahre Realpolitik* unserer Zeit. Als Friedensmacht eröffnen sich der Europäischen Union neue Chancen. Als Union der Nachhaltigkeit kann sie sowohl zu einem Vorbild für die Zukunft werden als auch neue europäische und globale Partnerschaften knüpfen und vertiefen. Die

gigantische Aufrüstung ist ein gefährlicher Irrsinn, der in einer militärischen Eskalationsdynamik mündet. Deshalb sagen wir Nein zu der Forderung, immer mehr Geld für das Militär auszugeben. Wir brauchen das Geld für das Friedensprojekt Europa.“

Die Bundestagswahl im September 2021 wirft längst ihre Schatten voraus. Wir werden die Parteien und Kandidaten der Bundestagsparteien (außer der rassistischen und völkisch-nationalistischen AfD) befragen, wie sie zu unseren Positionen stehen. Im Folgenden zehn Vorschläge, die dem Friedensthema mehr Gewicht geben sollen:

Debattenrunde mit den Spitzenkandidaten von Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linkspartei zu *Friedenspolitik und Gemeinsame Sicherheit* Ende August – möglichst in Kooperation mit der FR oder der taz.

Zentrale Botschaft: Abrüsten statt Aufrüsten – für eine gemeinsame Sicherheit.

- Regionale Kandidatenbefragungen in allen größeren Städten und in Landkreisen
- Möglichst weitere Diskussionsveranstaltungen vor der Bundestagswahl, z. B. zu Aufrüstung oder Klimaschutz mit Vertretern der Jugendverbände
- Evtl. eine Anzeige mit unseren wichtigsten Forderungen zur Friedenspolitik in

- Zeitung(en)
- Herausgabe eines elektronischen „Friedensbrief“, der im Juli, August und September versandt wird.
- Zeitung zu den Ostermärschen /Zeitung zur Bundestagswahl
- Regionale Demonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen „gegen Aufrüstung und Militarisation und für Abrüstung und Entspannungspolitik am 19. Juni 2021
- Mobilisierung zu den Ostermärschen 27. März bis 5. April
- Unterstützung der Friedenswanderung der Naturfreunde vom 30. April bis 04. Juli von Hamburg bis Konstanz unter dem Motto „Frieden in Bewegung“
- Veranstaltungen zu den folgenden Terminen: 18. April. Aktionskonferenz online und offline in Frankfurt am Main // 8. Mai. Tag der Befreiung · 13. bis 16. Mai. Ökumenischer Kirchentag in Frankfurt am Main · 21. Juni. 80. Jahrestagdes Überfalls auf die Sowjetunion · 6. August: Hiroshima und 9. August: Nagasaki · 1. September: Antikriegstag · 5. September. Gegen US-Atombomben in Büchel/Nörvenich · 4. bis 5. Dezember: Friedensratschlag in Kassel.
- Wir fordern auf zu breiter Unterstützung, zu Kreativität und Eigeninitiativen!

Neue Power für atomare Abrüstung

Deutschland muss den Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnen

Marion Küpker

Mit weit über 100 Aktionen wurde am 22. Januar 2021 in Deutschland das Inkrafttreten des internationalen Atomwaffen-Verbotsvertrages gefeiert. Aktuell haben bereits 54 Länder diesen historischen Vertrag ratifiziert und weitere 34 Staaten haben ihn bereits unterschrieben. Damit stellen diese 138 Staaten die Mehrheit (über 70%), gegenüber den unentschlossenen 17 Staaten, sowie den 42 Staaten, die den Vertrag ablehnen. Ablehnend sind alle neun Atomwaffenstaaten, sowie weitere 32, die unter dem sog. nuklearen Schutzschirm stehen. Durch das Inkrafttreten ist der Verbotsvertrag völkerrechtlich gültig, d.h. nach internationalem Recht gelten Atomwaffen nun explizit als verboten. Allerdings sind die Bestimmungen nur für die Vertragsstaaten bindend, was aber die Vertragsunterzeichnenden Staaten miteinbezieht, die den Vertrag bisher noch nicht ratifiziert haben. In der Summe sind das die genannten 138 Staaten.

Der Handlungsspielraum der Atommächte wird damit immer enger. Einige Finanzinstitute haben Ethikregeln, an denen sie sich nun messen lassen müssen, falls sie Konzerne, die Atomwaffen (oder Teile derselben oder Trägersysteme etc.) produzieren, finanzieren. Auch dürfen laut Vertrag diese Waffen nicht mehr in den 138 Vertragsstaaten produziert werden. Der Druck auf unsere Regierung muss jetzt weiter ausgebaut werden, damit auch ein Beitritt Deutschlands erfolgen kann.

Deutschland will Atommacht sein

Demgegenüber soll der Atomwaffen-Stützpunkt Büchel - trotz des Verbotsvertrages - von Juni 2022 bis Januar 2024 für 259 Millionen Euro ausgebaut werden. Vergleichbares geschieht an allen europäischen Atomwaffen-Standorten, die zur nuklearen Teilhabe gehören (es gibt diese in Belgien, Niederlande,

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt



Italien, und z.T. in der Türkei). Diese Baumaßnahmen dienen der Vorbereitung der Stationierung der neuen US-Atombomben (Typ B61-12), die ab Ende des Jahres in den USA produziert werden. Umgehend nach Herstellung sollen die alten Atombomben (Typ B61) gegen die neuen B61-12, die eine erdeindringende Erstschlagswaffe sind, ausgetauscht werden. Der Bauplan beinhaltet den Ausbau der Startbahn sowie die Modernisierung der Atomwaffen-Infrastruktur. So sollen die Spezialbehälter in den Flugzeug-Hangars, wo die rund 20 Bomben eingelagert sind, erneuert werden. Zusätzlich steht die Entscheidung über die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge aus den USA an, wo die Kosten auf acht Milliarden Euro veranschlagt werden. Es sei denn, die Laufzeit des 40 Jahre alten Tornado-Kampfflugzeugs wird weiter verlängert. Für die weitere Zukunft soll das deutsch-französische Kampfflugzeug FCAS (Future Combat Air System) angeschafft werden (siehe S.4)

Planungen für Büchel-Proteste 2021

Die Kampagnenplanung des Trä-

gerkreises *Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!* für Aktionen in Büchel sieht derzeit folgendermaßen aus: Anfang Juli bis zum 9. August soll wieder ein sechswöchiges Camp für Aktions-Gruppen in der Nähe des Bücheler Haupttores aufgebaut werden. Verschiedene Gruppen sind schon im Vorfeld aktiv:

- Am 13. Juni ist der Aktionstag der NaturFreunde in Büchel.
- Der 16. Juni ist der 25. Jahrestag des Beginns der Proteste in Büchel. Eine Ausstellung soll am 16. Juni am Haupttor des Fliegerhorstes Büchel erstmalig gezeigt werden.
- Der Pacemakers-Radmarathon plant am 17. Juni in Büchel zu sein.
- Am 3. Juli soll nach aktuellen Planungen der ökumenische Aktionstag stattfinden.
- Die IPPNW hat ein Camp für den 6.-11. Juli angemeldet.
- Vom 12. bis 20. Juli findet die Internationale Woche der GAAA statt.
- Vom 24. bis 27. Juli sind die Quäker in Büchel.
- Den Abschluss der Aktionspräsenz

bildet auch 2021 das öffentliche Fasten des regionalen Initiativkreises gegen Atomwaffen (Versöhnungsbund) am Nagasaki-Gedenktag, den 9. August

• Es finden regelmäßig weitere Gerichtsprozesse in Cochem und Koblenz statt. Corona kann Änderungen bewirken. Schaut deswegen zeitnah in den Terminkalender: <https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/kalender/>

Höhepunkt Menschenkette – SAVE THE DATE!

Für Sonntag, den 5. September ist eine Menschenkette geplant: Über 3,5 Kilometer lang soll die Kette, vom Ortskern Büchel auf dem Fahrradweg entlang der Bundesstraße bis hin zum Haupttor des Atomwaffen-Fliegerhorstes Büchel, sein. Dieser Menschenketten-Termin liegt drei Wochen vor der geplanten Bundestagswahl (26. Sept.). Damit soll auf diese Druck ausgeübt werden.

Marion Küpker, Sprecherin der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt, Friedensreferentin zu Atomwaffen beim Internationalen Versöhnungsbund und Internationale Koordinatorin in der DFG-VK gegen Atomwaffen

+++ aktiv gegen krieg +++

Biden setzt politische Verfolgung von Julian Assange fort

Auch die neue US-Regierung fordert die Auslieferung des Wikileaks-Gründers Julian Assange aus Großbritannien und hält die Berufung gegen das Gerichtsurteil aufrecht. Anfang Januar hatte das zuständige Gericht in London entschieden, dass Assange wegen der brutalen Haftbedingungen, die ihn in den USA erwarten würden, nicht ausgeliefert wird. Eine Freilassung auf Kautions hatte die Richterin jedoch abgelehnt, trotz schlechter psychischer Verfassung von Julian Assange und trotz seiner konkreten Gefährdung durch Covid-19 im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Präsident Joe Biden und die Demokraten setzen die extraterritoriale Verfolgung von investigativem Journalismus also nahtlos fort. Dies ist eine konkrete Bedrohung der Pressefreiheit in Europa, aber auch in den USA selbst. Journalistinnen und Medienschaffende sollten auch beunruhigt sein, dass das britische Gericht in fast allen Anklagepunkten der USA gegen Assange gefolgt ist. Julian Assange ist dieses Jahr erneut für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Kämpfen wir darum, dass er, sollte er diese Auszeichnung erhalten, sie in Oslo am 10. Dezember persönlich entgegennehmen kann. Heike Hänsel (MdB, DIE LINKE).

Stella Moris, die Partnerin von Assange, sammelt derzeit Spenden für die Fortführung des Prozesses unter #dropthecharges

+++ engagiert für den frieden +++

Atomwaffen sind verboten

Alex Rosen

Seit 75 Jahren lebt die Welt im sogenannten nuklearen Zeitalter. Mit der atomaren Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki setzte sich eine neue globale Rangordnung durch: Staaten mit Atomwaffen wurden unantastbar. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhielten sie ein Vetorecht, ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen standen plötzlich über denen der restlichen Welt. Auf der zweiten Stufe folgten ihre engen Verbündeten, die unter ihrem „nuklearen Schirm“ stehen und, wie im Falle Deutschlands, Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert haben. Dann folgte der Rest der Staatengemeinschaft - die Nicht-Atomwaffenstaaten.

Diese verpflichten sich im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages dazu, keine Atomwaffen zu entwickeln. Im Gegenzug sollten die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale Schritt für Schritt abbauen. Doch dieser Teil des Vertrages wird bis heute nicht umgesetzt. Statt abzurüsten, wird aktuell wieder modernisiert und ausgebaut. So haben atomare Massenvernichtungswaffen ein globales Recht des Stärkeren zementiert.

Doch seit einigen Jahren gerät diese alte Ordnung ins Wanken. Die überwiegende Mehrheit der Staaten ist nicht länger bereit, in nukleare Geiselnhaft genommen zu werden. Denn ein atomar geführter Krieg hätte katastrophale globale Folgen: klimatische Veränderungen, Dürren, Hungersnöte, Ressourcenkonflikte,

Milliarden von Toten. Selbst ein regionaler Atomkrieg würde weltweit katastrophales humanitäres Leid verursachen.

Mehr als 130 Regierungen fordern daher seit Jahren eine völkerrechtliche Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und eine Abkehr von der riskanten Strategie der gegenseitigen Androhung einer nuklearen Auslöschung. Mittlerweile ist aus dieser Forderung ein völkerrechtlicher Vertrag geworden. Am 22. Januar 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag formell in Kraft getreten. Damit sind Atomwaffen, wie schon andere Massenvernichtungswaffen vor ihnen, völkerrechtlich verboten.

Kritiker*innen bemängeln, dass die neun Atomwaffenstaaten und ihre 32 Verbündeten den Vertrag

boykottieren. Auch Deutschland gehört zu den Blockierern. Doch der Druck wird steigen und der Vertrag wirkt bereits jetzt, ohne dass auch nur ein einziger Atomwaffenstaat beigetreten ist. Durch die breite internationale Unterstützung entsteht eine neue völkerrechtliche Norm. Atomwaffen werden stigmatisiert, so wie früher bereits biologische oder chemische Waffen, Landminen oder Streubomben.

Die deutsche Regierung und der Bundestag müssen sich mit den Argumenten der Staatengemeinschaft auseinandersetzen, die ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen durch die nukleare Abschreckungsdoktrin bedroht sehen. Wenn die Bundesregierung ernsthaft einen Dialog für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verfolgen will, muss sie sich

von dieser Doktrin lösen, unter der Jahr für Jahr Bundeswehnpiloten den Abwurf von B61-Bomben auf russisches Territorium trainieren.

Die nukleare Teilhabe muss aufgekündigt, die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden - so wie es über 90 Prozent der Deutschen in repräsentativen Umfragen fordern und wie es der Bundestag 2010 in einem fraktionsübergreifenden Antrag bereits beschlossen hat. Deutschland sollte seine Position an der Seite der Atomwaffenstaaten aufgeben und sich auf die Seite des Völkerrechts stellen. Der Verbotsvertrag liefert dafür erstmals konkret umsetzbare und verifizierbare Rahmenbedingungen.

Dr. med. Alex Rosen ist Vorsitzender der IPPNW Deutschland.

Deutschland ist der viertgrößte Waffendealer

Die neue SIPRI-Statistik belegt: Die NATO ist Kriegstreiber Nr. 1

Sevim Dagdelen

Schutzmasken, Impfstoffe, Schnelltests – bei medizinisch notwendigen Beschaffungen für den Kampf gegen die Corona-Pandemie versagt die Bundesregierung am laufenden Band. Bei der Bewilligung von Waffenexporten dagegen bleibt Deutschland Weltmeister. Ganz zur Freude von Rheinmetall in Düsseldorf beispielsweise. Dort läuft das Rüstungsgeschäft bombig, die Auftragsbücher für den Bau neuer Panzer sind richtig voll. Die Waffenschmiede hat im Corona-Jahr 2020 mit der Produktion von Kriegsgerät ihren Umsatz um sechs Prozent auf 3,7 Milliarden Euro kräftig gesteigert und fette Gewinne gemacht. Zwei Euro Dividende soll es pro Aktie geben. Vorstandschef Armin Papperger ist frohgestimmt. Er geht – nicht zuletzt mit Blick auf die NATO-Hochrüstungspolitik – fest von weiteren Umsatzsteigerungen in der Militärsparte des Konzerns auf 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2025 aus.

Union und SPD sind ganz offensichtlich beste Garanten für Megagewinne der deutschen Rüstungsindustrie. Das Gerede von einer restriktiven Genehmigungspraxis bei Waffenexporten ist angesichts der realen Zahlen nichts als eine systematische Täuschung der Öffentlichkeit. Statt Rüstungslieferungen insbesondere in Krisen- und Konfliktgebiete konsequent zu stoppen, haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die schwarz-rote Bundesregierung Deutschland zum viertgrößten Waffendealer der Welt gemacht, nach den USA, Russland und Frankreich. Das geht aus einer aktuellen Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hervor. Die deutschen Rüstungs-

exporte sind demnach in den vergangenen fünf Jahren um 21 Prozent gestiegen im Vergleich zum vorausgegangenen Fünfjahreszeitraum 2011 bis 2015.

Etwa ein Viertel der deutschen Rüstungsexporte landet ausgerechnet im Nahen Osten. Mit Ägypten als Großabnehmer (752 Millionen Euro allein 2020) rüstet die schwarz-rote Bundesregierung ein Land hoch, das als Teil der Jemen-Kriegskoalition für die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit verantwortlich ist. Katar, das laut Experten den internationalen Terror fördern soll, wurden vergangenes Jahr Waffen im Umfang von 305 Millionen Euro bewilligt. Selbst der

notorische Völkerrechtsbrecher Erdogan in der Türkei wird weiter mit Kriegsgerät (22,9 Millionen Euro) belohnt, trotz offiziellem Lieferstopp. Die Bundesregierung tritt nicht nur ihre eigenen politischen Grundsätze mit Füßen, sondern gefährdet mit ihren skrupellosen Waffendeals Frieden und Sicherheit weltweit.

Die dramatischen Steigerungen bei den Waffenexporten von Deutschland und seinen Partnern USA und Frankreich – bei Russland und China sind die Ausfuhren laut SIPRI dagegen rückläufig – decken sich mit der Hochrüstungspolitik der NATO-Staaten. Angesichts der steigenden Rüstungslieferungen und dem massiven Ungleichgewicht bei



Gefahr für Sicherheit und Frieden ist nichts als Propaganda der NATO-Staaten zur Rechtfertigung der eigenen Aufrüstung und Profitgarantie für die Kriegsindustrie. Die 30 Mitglieder des Militärpakts NATO haben im vergangenen Jahr zusammen mehr als 1,1 Billionen Dollar für Aufrüstung verpulvert. Absoluter Spitzenreiter sind hier die USA, deren Kriegsbudget allein mit 738 Milliarden US-Dollar zu Buche schlägt. Dieses Budget allein ist damit fast vier Mal größer als dasjenige von China mit 193,3 Milliarden Dollar und mehr als zwölf Mal größer als das von Russland mit 60,6 Milliarden Dollar, das weiter rückläufig ist. Unter den europäischen NATO-Ländern war zuletzt Großbritannien mit Militärausgaben in Höhe von 61,5 Milliarden Dollar die Nummer eins. Es folgen Frankreich mit 55 Milliarden Dollar und Deutschland mit 51,3 Milliarden Dollar für Aufrüstung. Zusammen gibt das europäische NATO-Trio damit immerhin noch fast drei Mal so viel aus wie Russland. Tendenz immer weiter steigend.

„Abrüsten statt Aufrüsten!“ muss die Maxime lauten, gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst. Den Kriegsprofiteuren muss das Handwerk gelegt, Rheinmetall entwaffnet und endlich für das Leben statt für das Töten produziert werden.

Sevim Dagdelen ist abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Obfrau im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

den Militärausgaben wird die Frage, wer eigentlich die Militarisierung der Welt vorantreibt, klar beantwortet. Das stete Beschwören Russlands und der Volksrepublik China als

RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN!

Aktion in Berlin

Die Initiative „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ protestierte am 27. Februar mit einer Kunstaktion unter dem Titel „Rüstungsexporte können tödlich sein. Deutschland braucht endlich ein Rüstungsexportkontrollgesetz.“ gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und für ein Rüstungsexportkontrollgesetz. Dazu wurden drei riesige Schachteln aufgestellt, die an Zigarettenschachteln erinnern. Statt Zigarettensachtlern befinden sich darin Waffen Made in Germany. Die Warnhinweise und „Schockbilder“ zeigen die möglichen Folgen des Waffenhandels – Tod und Zerstörung, wie z.B. im Jemenkrieg, in dem nachweislich auch deutsche Waffen gegen die Zivilbevölkerung und zivile Ziele eingesetzt wurden.

In einer Presseerklärung dazu heißt es: „Wir geben den Opfern deutscher Rüstungsexporte eine Stimme – den durch deutsche Waffen verletzten und getöteten Menschen, kriegerisch eingesetzt von Empfängerländern wie Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Türkei. Deshalb decken wir seit Jahren die tödlichen Folgen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung auf und kritisieren die geltende Rechtslage, die keine wirksamen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten vorsieht: Trotz offiziellem Exportstopp werden die Eurofighter Saudi-Arabiens weiterhin mit Ersatzteilen aus Deutschland versorgt.“

Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin und Kampagnensprecherin: „Obwohl die Türkei das Völkerrecht mit Füßen tritt, wird das Land weiter auferüstet. Diese Beihilfe zu Mord und Menschenrechtsverletzungen muss sofort gestoppt werden. Dafür braucht Deutschland ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das die Waffenexporte massiv einschränkt, die Entscheidungen der Bundesregierung juristisch überprüfbar macht und Rüstungsunternehmen auf die Menschenrechte verpflichtet.“

Jürgen Grässlin, Kampagnensprecher und Bundessprecher der DFG-VK ergänzt: „Die widersprüchliche Gesetzeslage von Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz haben die jeweiligen Bundesregierungen jahrzehntelang genutzt, um Deutschland zu einem der größten Waffenhändler der Welt zu machen. Dies war auch möglich, weil die Bundesregierung keiner wirksamen Kontrolle durch Bundestag und Öffentlichkeit unterliegt. Und es war möglich, weil die vermeintliche Einzelfallprüfung bei jährlich 10.000 Anträgen nur ein Feigenblatt ist, wie aktuell die Gerichtsverhandlung wegen illegaler Waffenexporte von Heckler und Koch nach Mexiko zeigt. Gemäß Verfassung soll von Deutschland Frieden und nicht Krieg ausgehen – deshalb müssen die Waffenexporte gestoppt und schnellstmöglich ein Rüstungsexportkontrollgesetz umgesetzt werden.“

Kontakt für die Medien: Christine Hoffmann, pax christi – Deutsche Sektion e.V.: 0177 – 5283530; c.hoffmann@paxchristi.de / Jürgen Grässlin, DFG-VK: 0170 – 611 37 59, graesslin@dfg-vk.de

Landgericht Siegen verhandelt über Whistleblowing

Drohnen und Air Base Ramstein

Das Landgericht Siegen verhandelte am Freitag, 26.02.2021, über eine Anklage der Staatsanwaltschaft Siegen gegen den Friedensaktivisten Hermann Theisen (Hirschberg), der Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen ist. Er wurde von Rechtsanwalt Martin Heiming (Heidelberg) verteidigt. Theisen hatte im Sommer 2019 vor dem US- Stützpunkt Ramstein, am United States Africa Command in Stuttgart, am Bundesverteidigungsministerium in Bonn und an der Hachenberg-Kaserne im Siegerland militärkritische Flugblätter verteilt. Darin forderte er Soldaten und Zivilbeschäftigte dazu auf, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der Nutzung einer auf der Air Base Ramstein stationierten Relaisstation bei weltweiten Drohnen-Einsätzen der US-Army zu informieren. Seine Aktion hatte er damit begründet, dass die Bundesregierung zu wenig

unternehme, um diesen rechtsstaatlich völlig inakzeptablen Sachverhalt aufzuklären und zu beenden. Menschenrechts- und Friedensorganisationen fordern die Bundesregierung bereits seit vielen Jahren auf, die Unterstützung von Drohnenangriffen durch die Satelliten- Relaisstation in Ramstein zu unterbinden.

Nach der Verteilung der Aufrufe zum Whistleblowing wurden von den Staatsanwaltschaften Zweibrücken, Stuttgart, Siegen und Bonn strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Theisen wegen des Vorwurfs einer Aufforderung zum Geheimnisverrat eingeleitet. Während die Staatsanwaltschaften Bonn, Zweibrücken und Stuttgart ihre Ermittlungsverfahren eingestellt haben, weil kein hinreichender Tatverdacht vorliege, wurde Theisen von der Staatsanwaltschaft Siegen wegen Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) angeklagt: „Die umfassenden Informationen,

die der Angeschuldigte verlangte, könnten ihm die durch die Flugblätter angesprochenen Personen nur durch einen Verstoß gegen ihre Geheimhaltungspflichten gegenüber ihrem Dienstherrn erteilen“, so Oberstaatsanwalt Christian Kuhl (Staatsanwaltschaft Siegen). Das Amtsgericht Bad Berleburg hat den Friedensaktivisten daraufhin im Dezember 2019 zu einer Geldstrafe verurteilt, gegen das Urteil wurde von Rechtsanwalt Martin Heiming und der Staatsanwaltschaft Siegen Rechtsmittel eingelegt. Darüber hatte das Landgericht Siegen am 26. Februar zu entscheiden. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Wir gratulieren!

Hermann Theisen's Grundeinstellung: „Extralegale Hinrichtungen von Menschen mit Kampfdrohnen widersprechen unserem Rechtsstaatsprinzip fundamental und dürfen deshalb nicht hingenommen werden.“

Interview mit Sharan Burrow vom Weltgewerkschaftsbund

„Du marschierst nie allein“



Du bist Exekutiv-Direktorin der International Trade Union Federation (ITUC). Der Weltgewerkschaftsbund ist das größte Netzwerk dieser Art mit mehr als 200 Millionen Mitgliedern. Was sind für Dich heute die wesentlichen Herausforderungen – nicht zuletzt auf dem Gebiet der Friedensarbeit?

Es ist tragisch – doch die Krise hat die Welt fest im Griff. Bereits vor der Corona-Krise gab es einen historischen Rekord hinsichtlich der sozialen Ungleichheit. Das verstärkte in vielen Teilen der Welt Wut und Verzweiflung. Und dann gibt es die Klimakrise, die von viel zu vielen Regierungen schlicht ignoriert wird. Die Pandemie machte dann klar, wie massiv unterfinanziert der Gesundheitsbereich und der Care-Sektor sind. Deutlich wurde auch die Desintegration des Arbeitsmarktes: 60 Prozent der wirtschaftlich Aktiven arbeiten im informellen Sektor – ohne Arbeits- und gewerkschaftliche Rechte, ohne Minimallöhne, ohne sozialen Schutz. Und selbst im formellen Sektor, wo die anderen 40 Prozent Beschäftigten sind, sind ein Drittel der Arbeitsplätze unsicher und prekär. Und bei all dem kommt hinzu: Frauen sind immer besonders betroffen.

In diesem Jahr 2021 konzentrieren wir uns unter anderem auf die folgenden Forderungen, die Teil eines neuen Sozialvertrags für alle Beschäftigten sein sollten:

- klimafreundliche und sozial gerechte Arbeitsplätze;
- sozialer Schutz für alle und Kampf für die Einrichtung eines Weltfonds für Sozialen Schutz, der den ärmsten Ländern zugute kommen soll;
- Gleichheit hinsichtlich Einkommen, Geschlecht und Ethnie
- Für eine Welt in Frieden und Gerechtigkeit.

Die Erholung nach der Pandemie muss begleitet sein von einer gerechten Steuerpolitik, von Schuldenerleichterungen und einer besonderen Unterstützung für ärmere Länder. Jede Art Sparpolitik widerspricht diesen Notwendigkeiten.

Wie siehst Du die international Lage? Gibt es die Gefahr eines Kriegs der Großmächte?

Die geopolitischen Spaltungen sind sehr ernst zu nehmen. Die Gefahr eines Kriegs zwischen den USA auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite erhöht sich. Die Menschen fordern soziale Gerechtigkeit, die Stabilisierung des Klimas und des Planeten und ein Wirtschaftsmodell ohne Profitgier.

Das wird nur erreicht werden, wenn es beides gibt: den politischen Willen und enge Kooperation.

Was sind die Schwerpunkte des Weltgewerkschaftsbundes bei der Friedensarbeit und welcher Art Kooperation mit der internationalen Friedensbewegung gibt es?

Bereits in der 1919er Verfassung der damaligen Internationalen Arbeitsorganisation gab es den alles überwölbenden Grundsatz: Frieden ohne soziale Gerechtigkeit ist nicht möglich. Darüber hinaus haben wir auf diesem Gebiet drei Schwerpunkte:

Als erstes wollen wir weg von diesem irreführenden, fatalen „nuklearen Schutzschirm“. Dieser ist wirklich toxisch; damit wird die Menschheit existenziell bedroht. Tatsächlichen Schutz bietet eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Notwendig ist die Erneuerung des Grundgedankens der Olof Palme Kommission, wonach neue Wege gesucht werden müssen bei der Konfliktlösung. Die friedliche Lösung von Konflikten – das ist ein gewerkschaftlicher Grundgedanke, den aktive Gewerkschaftsmitglieder Tag für Tag im Rahmen von Verhandlungen bei Arbeitskonflikten lernen. Und wir wissen dabei, dass es einen langfristigen Frieden nur geben kann, wenn es Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gibt und wenn die Menschen, um deren Rechte und Schicksal es geht, eine eigene Stimme haben.

Schwerpunkt Nr. 2. Wir fordern eine Friedensdividende. Diese Billionen von Dollar, die Jahr um Jahr für Rüstung ausgegeben werden, müssen umgewidmet werden. Da geht es um Steuergelder – und wir sollten niemals vergessen, dass das das Geld unserer Mitglieder ist! Wir wollen, dass diese gigantischen Dollar-Beträge eingesetzt werden für den öffentlichen Gesundheitssektor, für Erziehung und Bildung, für ein Existenzminimum für alle und für andere soziale Güter.

Unser dritter Schwerpunkt lautet: Die Arbeitsplätze im Bereich der Rüstung im Allgemeinen und im Bereich der Atomwaffen im Besonderen müssen konvertiert werden in Arbeitsplätze, die im Interesse der menschlichen Zukunft sind.

Der Weltgewerkschaftsbund organisiert auch die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie. Siehst Du Probleme bei der Zukunft dieser Jobs? Ist Konversion von Rüstungsjobs ein Projekt?

Es gibt keine gemeinsame Sicherheit und

Frieden, wenn es keine gesicherten Arbeitsplätze in den Bereichen gibt, die hier direkt betroffen sind. Und ja: Wir müssen das nukleare Schwert umschmieden in Pflugscharen mit guten Arbeitsplätzen, gut ausgebildeten Arbeitskräften und sinnvoller, zukunftsorientierter Arbeit.

Bei der Friedensdividende, über die wir hier sprechen, geht es auch um eine Ausbildungsdividende. So wie wir das Geld, das in

gen aufzustehen. Das haben im vergangenen Jahr unter anderem die Menschen in Chile, Somalia, Myanmar, Belarus, Zimbabwe und Hongkong deutlich gezeigt. Im letzten Jahr trat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Jetzt gilt es, damit fortzufahren, eine breite Kampagne aufzubauen und deutlich zu machen: Atomwaffen sind nicht nur unmoralisch. Sie sind auch illegal. Friedensbewegung und Arbeiterbewegung sind nur zwei Seiten einer Medaille – sie stehen gemeinsam für den Kampf für Würde, Respekt und soziale Sicherheit. Die einen Menschen sind mehr hier, die anderen mehr dort engagiert. Und oft unterscheiden die Menschen nicht einmal zwischen diesen beiden Seiten. Wir müssen unsere Ziele, unsere Motivation und unsere Hingabe gemeinsam teilen – dann folgen daraus auch gemeinsame Aktionen. Wobei diese gemeinsamen Aktionen das Bindemittel sind, um diese Bewegungen zu verbinden.

Der Weltgewerkschaftsbund und das Internationale Friedensbüro (International Peace Bureau – IPB) sind starke Partner. Wie siehst Du die zukünftige Zusammenarbeit? Könnte sie beispielhaft sein für andere nationale und international Projekte der Zusammenarbeit?

Der Ko-Vorsitzende des Internationalen Friedensbüros, Phil Jennings, hat einen großen Teil seiner Lebensarbeitszeit in der Gewerkschaftsbewegung verbracht – zuerst in Großbritannien und dann auf Weltebene. Er personifiziert die Stärke dieser unserer Verbindung. Unsere Kooperation auf den unterschiedlichen Ebenen führt Junge und Ältere zusammen. Indem wir uns oft für gemeinsame, öffentlich wirksame Kampagnen engagieren, wird unsere Verbindung tatsächlich wirkmächtig.

Vielleicht möchtest Du noch ein persönliches Wort an unsere Ostermarschierer richten?

Ich zolle denjenigen Menschen großen Respekt, die für den Frieden auf die Straße

+++ aktiv gegen krieg +++

Die Völkerrechtsverbrechen im Jemen

Das internationale Strafrecht kennt vier Völkerrechtsverbrechen: Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression. Dass diese Verbrechen – begangen von Saudi Arabien und seiner Kriegskoalition seit dem 26. März 2015 im Jemen – ungeahndet bleiben, liegt daran, dass sich eine selbst ernannte internationale Staatengemeinschaft, der Deutschland angehört, schützend vor den saudischen Kronprinzen Bin Salman stellt. Von 30 Millionen Menschen, die im Jemen leben, sind ca. 24 Millionen auf internationale Hilfslieferungen angewiesen, 12 Millionen stehen vor dem akuten Hungertod. Alle 10 Minuten stirbt ein Kind

an Hunger und vermeidbaren Krankheiten. Über 233.000 Jemeniten sind bisher diesem Angriffskrieg zum Opfer gefallen. Hunger wird als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, seit Jahren leidet der Jemen unter einer Totalblockade zu Land, zur See und Luft mit tagtäglichen Bombardements auf Wohngebäude und zivile Infrastruktur wie: medizinische Einrichtungen, Einkaufszentren, landwirtschaftliche Betriebe und Farmen, Wasserstationen, Elektrizitätswerke, Schulen und Moscheen – überall dort, wo sich unschuldige Zivilisten aufhalten. Mathias Tretschog

Infos: <https://www.krieg-im-jemen.de/beendet-den-krieg-im-jemen2021/>

+++ engagiert für den friedem +++

die Rüstung fließt, umdirigieren müssen, so müssen wir auch die Ausbildung von Arbeitskräften umdirigieren in Richtung von Fertigkeiten und Technologien in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Bildung. Wir stehen vor derart großen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima und Demographie, dass es notwendig ist, Fähigkeiten, die bislang für immer effizientere Killermaschinen eingesetzt werden, für diese sozialen und ökologischen Ziele umzuwidmen.

Wie kann es zu einer tiefgreifenden Zusammenarbeit zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern und der Friedensbewegung kommen? Sind große gemeinsame Aktionen, wie es solche in den 1980er Jahren gab, wieder vorstellbar?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen bereit sind, für ihre Grundüberzeugun-

gehen, so wie wir Gewerkschaftsaktive für soziale Gerechtigkeit auf die Straße gehen. Tatsächlich war es ja vor der Zeit des Internets und dann noch vor der Zeit des Telefons so, dass Märsche und Demonstrationen die Menschen zusammenbrachten. Damit wurde demonstriert – um das Wort hier nochmals zu gebrauchen – dass die Überzeugungskraft und Macht unserer Argumente durch die Macht und Stärke unserer Aktivitäten auf der Straße unterstrichen wird. Bei all unserem Aktivismus und bei unseren Protesten gab es oft auch Hindernisse auf unserem Weg und Rückschläge. Doch es gab auch Erfolge und Siege. Dabei wissen wir immer: Du marschierst nie allein!

Das Interview für ZgK führte: Reiner Braun